



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 63
April
2010

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

mit Entsetzen und Grauen, aber nicht gänzlich unerwartet, drängt sich in diesen Wochen der Tod als Begleiter der deutschen Afghanistan-Mission in den Vordergrund. Nicht nur Anteilnahme und Mitgefühl für die Hinterbliebenen – dies gilt in gleichem Maße für die Verwundeten – gebieten genaues Hinsehen; auch Verantwortung verpflichtet.

Verteidigungsminister Dr. Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg hat Frank-Jürgen Weise, Chef der Bundesagentur für Arbeit, beauftragt, als Vorsitzender einer Strukturkommission die Struktur der Bundeswehr auf den Prüfstand zu stellen. Diese soll bis Ende 2010 Eckpunkte für eine effiziente Organisation der Bundeswehr erarbeiten. Die Bundeswehr müsse besser als bisher auf die Aufgaben einer Armee im Einsatz eingestellt werden. So die Vorgabe des Ministers.

In dieser Ausgabe zeigt Heiko Borchert in seinem Beitrag auf, dass einer konsequenten Einsatzorientierung bisher tradiertes gesellschaftliches Rollenverständnis im Wege steht. Die zu beklagenden Opfer zwingen zur Frage, wie viel uns dieses Verständnis wert ist oder ob wir nicht doch dringend an unserer Einstellung arbeiten müssen? Zudem bürstet Heiko Borchert eine Reihe von Fragestellungen für die Kommission quer und kommt zu bemerkenswerten Folgerungen.

Bemerkenswert ist auch, wie unsere britischen Nachbarn Einsatzaufgaben untersuchen. britannicus gibt uns Einsicht in die Arbeit der unabhängigen Untersuchungskommission zum Irakeinsatz, die eine tiefgehende Analyse sowie Lehren erarbeiten soll als Beitrag zu verbesserter Regierungsführung und Entscheidungsfindung in ähnlichen künftigen Fällen. Viele „Findings“ lesen sich wie ein „Blueprint“ für deutsche Auslandseinsätze. Auch daraus lassen sich Er-

kenntnisse für die Kommissionsarbeit schöpfen.

Ein weiteres Einsatzfeld, mitten unter uns, ist das Thema „Red Guests“. Wer sich beobachtet fühlt bei seiner Arbeit am Computer in Business und Administration muss nicht unbedingt an Halluzinationen leiden. „Red Guests“ sind ein Thema, das – wie uns Sheo Nandan Pandey vermittelt – zunehmend ernsthafte Betrachtung verdient.

Viel ist zu tun.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Quo Vadis Bundeswehr?

Dr. Heiko Borchert

5 Richtige Ent- scheidung – Richtige Fehler

britannicus

8 Red Guests

Dr. Sheo Nandan Pandey

THEMEN

Quo Vadis Bundeswehr?

Die Strukturkommission als Chance

Zwischen der Teilnahme der Bundeswehr an der NATO geführten Operation Allied Force im Kosovo und den Luftangriffen gegen Aufständische in Kunduz liegen zehn Jahre. Beide Ereignisse sind Wegmarken in der Entwicklung der Bundeswehr. In beiden Fällen geht es um eine für die Zukunft der deutschen Streitkräfte zentrale Frage: Was soll die Bundeswehr können dürfen, und welches sind die Bezugsgrößen, um diese Frage zu beantworten? Die Antwort darauf ist wegweisend, denn es geht um nichts Geringeres als die Abkehr vom Kalten Krieg – in Denken, Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr.

Zwischen Einsatzorientierung und gesellschaftlicher Akzeptanz

Kritiker der Kosovo-Intervention (1999) befürchteten, dass die Bundeswehr damit zur weltweit einsetzbaren Interventionsarmee umgebaut werde. Das ist nicht geschehen, auch wenn die internationale Ausrichtung der Bundeswehr seither deutlich gestärkt wurde. Zehn Jahre später ist es erneut ein Kampfeinsatz, der zu einer Kontroverse führt. Als Reaktion auf die Ereignisse in Kunduz wird die von der Bundeswehr im Norden Afghanistans betriebene Quick Reaction Force aufgelöst und damit der militärische Kampf gegen Aufständische als Streitkräfteauftrag zurückgestuft.

Kampf ist nicht die einzige Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr. Aber dieser Auftrag zeigt, dass sich die deutsche Politik auch gut zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch schwer tut mit dem Rollenverständnis der Bundeswehr. Im Spannungsverhältnis zwischen Einsatzorientierung auf der einen und gesellschaftlich-politischer Akzeptanz auf der anderen Seite hat die Bundeswehr ihr inneres Gleichgewicht noch nicht gefunden. Nach wie vor ist der politische Konsens für gewisse Formen der Einsatzorientierung brüchig.

In diesem Umfeld nimmt die Bundeswehrstrukturkommission ihre Arbeit auf. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP sieht vor, dass die Kommission bis zum Jahresende Eckpunkte einer neuen Organisationsstruktur der Bundeswehr erarbeiten soll. Würde die Arbeit der Strukturkommission von den Ereignissen in Kunduz dominiert, wäre eine große Chance vertan. Wünschenswerter wäre es, die im Weißbuch der Bundesregierung (2006) aufgezeigte Entwicklungslinie für die Bundeswehr fortzuschreiben und zu konkretisieren. Dieses Grundlagendokument der schwarz-roten Vorgängerregierung ist nicht obsolet. Seit seiner Veröffentlichung sind allerdings Entwicklungen zu beobachten, die Anpassungen der

Bundeswehr erforderlich machen könnten. Um zu bestimmen, was die Bundeswehr künftig können soll, wäre es wichtig, dass die Strukturkommission ihre Diskussion breit anlegt, um daraus Leitlinien für Auftrag, Fähigkeiten und Struktur der deutschen Streitkräfte abzuleiten. Welche Fragen könnten in diesem Zusammenhang diskutiert werden?

Während der internationale Ordnungsrahmen an Orientierungskraft verliert....

Die internationalen Beziehungen befinden sich im Umbruch. Neue Akteure drängen auf die internationale Bühne und versuchen, die Spielregeln der internationalen Beziehungen nach ihren Interessen zu beeinflussen. Arrivierte Akteure geraten unter Druck. Sie kämpfen nicht nur um ihre bisherige Position, sondern auch damit, dass ihre eigenen Kräfte in immer zahlreicheren internationalen Krisenherden gebunden sind. Die aktuellen Wirtschafts- und Finanzprobleme verstärken den Trend, dass sich westliche Demokratien zusehends mit sich selbst beschäftigen. Es wird schwieriger, internationales Engagement innenpolitisch zu rechtfertigen. Die Bekämpfung von Armut im Ausland, die Stabilisierung von Krisenherden weitab der Heimat oder der Abbau der Arbeitslosigkeit im Inland erscheinen angesichts knapper Kassen als Gegensatz, der nicht einfach aufzulösen ist.

Anders als in der Vergangenheit gibt es auch zwischen den verbündeten westlichen Staaten kaum Konsens darüber, ob und wie man gemeinsam auf die Umbrüche antworten will. Weder die NATO noch die Europäische Union vermitteln im Moment die notwendige strategische Orientierung, an die nationale Sicherheitspolitik anschließen könnte. Deutschland muss daher Grundlagenarbeit leisten, um seine eigene Position in einer Phase des strategischen Umbruchs zu definieren.

... haben sich europäische Partner bereits positioniert

Die Zeit hierfür drängt, denn wichtige europäische Verbündete haben sich in den letzten Jahren bereits entsprechend positioniert. London setzt auf sein traditionell enges Verhältnis zu den USA und hat sich über den Verkauf von Rüstungstechnologie nach Saudi Arabien im Nahen und Mittleren Osten strategisch aufgestellt – wohl auch, um von dort stärker nach Südostasien vorzustoßen. Finanzielle Probleme machen aber den britischen Streitkräften zu schaffen, so dass hinter Großbritannien Führungsanspruch ein großes Fragezeichen steht. Frankreich scheint im Moment die besseren Karten zu besitzen. Die Übernahme des Allied Command Transformation in der NATO, die energie- und rüstungstechnologisch vorangetriebene Zusammenarbeit mit Brasilien, Russland und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie die Avancen gegenüber Indien und Pakistan kennzeichnen die Achsen der französischen Einflussnahme. Auf einen ähnlichen Politikmix setzt auch Italien, wenngleich Rom mit Hilfe seiner Energie- und Rüstungsunternehmen strategische Beziehungen mit Partnern aus Russland, Libyen, Kasachstan und Weißrussland einget.

Wirtschaftspolitisch begründete Sicherheitspolitik?

Auf diese konsequent vorangetriebenen Positionsbezüge seiner europäischen Partner hat Berlin bislang keine hinreichende Antwort. Damit sind wir bei der ersten Frage. Sollte Deutschlands Sicherheitspolitik nicht stärker wirtschaftspolitisch begründet werden?

Deutschland ist eine führende Exportnation und als solche von weltwirtschaftlicher Prosperität abhängig. Neben seiner sehr starken wirtschaftlichen Verflechtung mit den europäischen Nachbarn ist Deutschland wichtiger Handelspartner von Schlüsseländern wie Brasilien, China, Iran, Russland, Saudi-Arabien und Südafrika. Eine exportorientierte Volkswirtschaft braucht maritime Sicherheit für

den Zugang zu Absatzmärkten und die gesicherte Energie- bzw. Rohstoffversorgung. Das Weißbuch 2006 erwähnt diese Aufgabe, doch spiegelt sie sich auch in der aktuellen Ausrichtung der Marine? Wäre die heutige Marine beispielsweise in der Lage, einen Beitrag zur Sicherheit der sich am Nordpol möglicherweise öffnenden neuen Seewege zu leisten? Welche Sicherheitslösungen könnten deutsche Unternehmen zum Schutz der Logistikkette zur See – von sicheren Hafeninfrastrukturen über die Verbesserung des maritimen Lagebildes und die Aufklärung von Seewegen aus Luft und Weltraum bis zum Schutz von Schiffen – in Zusammenarbeit mit staatlichen Partnern international anbieten?

Können Streitkräfte umweltfreundliche Mobilitätskonzepte fördern?

Eng mit der Wirtschaftspolitik sind die Umwelt- und Energiepolitik verknüpft. Beide Felder werden die Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert prägen. Im Energiebereich erleben wir derzeit, wie die Verfügungsmacht über Energierohstoffe genutzt wird, um die Spielregeln der internationalen Politik neu zu definieren. Gleiches zeichnet sich auch für andere Rohstoffbereiche ab.

Dort, wo Energierohstoffe auf dem Seeweg transportiert werden, gewährleisten Streitkräfte durch ihren Beitrag zur maritimen Sicherheit auch die Energieversorgungssicherheit. Schon heute haben die NATO-Seestreitkräfte den Auftrag, Energieinfrastrukturen in der Nordsee zu schützen. Strategisch bedeutsame Fragestellungen ergeben sich für die Bundeswehr zum Beispiel durch den Ausbau der zivilen und militärisch genutzten Hafeninfrastuktur Chinas in Südostasien. Wie will Berlin darauf reagieren? Welches wären die Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft, wenn China wirtschaftspolitische Interessen an offenen Seewegen mit eigenen sicherheitspolitischen Mitteln durchsetzen würde?

Eine andere Facette des Energiethemas gewinnt auch für die Streitkräfte immer mehr an Relevanz: umweltverträgliche Mobilitätskonzepte. Alternative Antriebe, Speicherkapazitäten von Batterien oder neue Werkstofftechnologien gelten als Zukunftsthemen. Ihr Mobilitätsbedarf macht die Bundeswehr zu einem idealen Testfeld, um technische Innovationen zu erproben. Wäre dies ein Themenfeld, in dem die Bundeswehr mit Automobil-, Energie-, und Rüstungskonzernen sowie mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland stärker kooperieren könnte?

Macht Klimaveränderung Deutschland und Indien zu Partnern?

Die Sorge um globale Klimaveränderungen drückt der Energiediskussion ihren Stempel auf. Die Auswirkungen von Dürre, Nahrungsmittel- und Wasserknappheit auf die regionale Stabilität werden sicherheitspolitisch bereits thematisiert. Daneben sollten zwei weitere Aspekte mehr Beachtung finden.

Klimaveränderung bedeutet, dass Geopolitik nicht länger konstant bleibt! Wenn Meeresspiegel steigen, können sich Landesgrenzen verschieben, mit Auswirkungen beispielsweise auf die wirtschaftlichen Nutzungszonen zur See. Konflikte um rohstoffreiche Unterseegebiete könnten daraus resultieren. Wie bereitet sich Deutschland auf die damit verbundenen möglichen Konsequenzen für die Freiheit der Hohen See vor?

Klimaveränderungen werden auch Europa treffen. Winterstürme, Trockenheit und Hochwasser haben in den letzten Jahren bereits gezeigt, wie verwundbar unsere Infrastrukturen sind. Verfügt Deutschland wirklich über genügend zivile Hilfskräfte und -mittel, um umweltbedingte Infrastrukturausfälle über lange Zeit zu verkraften? Wie steht es um die innereuropäische Solidarität im Bereich des Katastrophenschutzes? Wer hält hierfür die benötigten Mittel vor? Indische und deutsche

Streitkräfte unterhalten seit Jahren eine Partnerschaft. Was könnten die Bundeswehr und andere deutsche Hilfskräfte von den indischen Streitkräften lernen, die spezielle Einheiten für die Katastrophenhilfe bei Überschwemmungen unterhalten?

Sicherheit von Mega-Städten: Von Brasilien lernen?

Der Hinweis auf Umweltprobleme bringt uns zur demografischen Entwicklung. Mega-Städte mit dreißig oder noch mehr Millionen Einwohnern werden in den Industrieländern, aber vor allem in den Schwellenländern noch stärker wachsen. Viele dieser Mega-Städte liegen in Küstennähe und sind damit von der Gefahr steigender Meeresspiegel unmittelbar betroffen. Ist es, um beim indischen Beispiel zu bleiben, denkbar, dass indisch-deutsche Streitkräfteeinheiten einen Beitrag leisten könnten, um solche Mega-Städte schnell zu versorgen und Infrastrukturelemente bereitzustellen, die zerstört wurden? Welchen Nutzen könnte Berlin im Hinblick auf seinen Einfluss in Schwellenländern aus einer solchen Zusammenarbeit ziehen?

Die Sicherheit der Mega-Städte ist eine weitere Herausforderung. Die Erfahrungen aus Lateinamerika verdeutlichen, dass Polizeikräfte in diesem Aufgabenfeld an ihre Grenzen stoßen können und daher Streitkräfte eingesetzt werden. Insbesondere die brasilianischen Kommandeure der UN-Schutztruppen auf Haiti verweisen darauf, dass Erfahrungen aus der heimischen Kriminalitätsbekämpfung für den internationalen Stabilisierungsauftrag auf der Karibikinsel relevant sind. Dieses Argument ließe sich analog auf andere Konfliktregionen übertragen. Dahinter steckt die Frage, welche Staaten künftig mit welchen Konzepten welche Aufgaben in internationalen Einsätzen übernehmen wollen. Welche Vorstellungen hat Deutschland dazu? Sollen der Bundeswehr polizeiliche Aufgaben übertragen werden, oder soll die Bundespolizei verstärkt im Ausland genutzt werden? Welche

Konsequenzen hätte dies für die Personalanforderungen der Bundespolizei? Wäre der Wirtschaftspartner Brasilien vor diesem Hintergrund auch ein Sicherheitspartner für die Bundeswehr in internationalen Einsätzen?

Wie nutzen wir den Weltraum?

Überlagert werden die vorangehenden Überlegungen durch eine sicherheitspolitisch relevante Dimension, die sich die Bundeswehr schrittweise erschließt: den Weltraum. Geht es um die Aufklärung von Umweltveränderungen durch Satellitenaufnahmen, die Übertragung von Information und Kommunikation oder die korrekte Positionsbestimmung von Flugzeugen, Schiffen und Fahrzeugen, welt-raumgestützte Fähigkeiten sind aus unserem Alltag kaum mehr wegzudenken. Werden Satelliten immer wichtiger, müssen sie leistungsfähig und sicher sein. Wer den Weltraum nutzen will, muss daher wissen, welche anderen Akteure sich dort aufhalten, welche Absichten sie verfolgen und welchen Gefahren (z. B. Weltraumschrott) die Satelliten ausgesetzt sind. Der von der Bundeswehr vorangetriebene Aufbau eines Weltraumlagebildes ist deshalb unerlässlich für alle staatlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten, die auf Unterstützung aus dem Weltall bauen.

Das Potenzial der Weltraumnutzung scheint noch nicht ausgeschöpft. Ein neues Zeitalter dürfte anbrechen, wenn François Auque, Chef des Weltraumunternehmens Astrium, mit seiner Vision recht behält, dass der Weltraum dereinst auch für die Energieversorgung genutzt wird. Wenn es technisch gelänge, Energie im Weltraum zu gewinnen und zur Erde zu transportieren, wäre die Energieversorgung weitgehend unabhängig von der bisherigen Infrastruktur am Boden möglich. Hat Deutschland für diese kühne Vision eine adäquate industriepolitische Antwort, insbesondere auch mit Blick auf die enge französisch-italienische Weltraumzusammenarbeit? Könnte die Bundeswehr

mit ihrem ausgeprägten Mobilitätsbedarf ein Schlüsselkunde für weltraumbasierte Energieversorgungskonzepte werden?

Wie gewährleisten wir Sicherheit im Informationsraum?

Eng verbunden mit der Nutzung des Weltraums ist schließlich auch die Frage, wie wir uns auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen im Informationsraum (Cyber Space) vorbereiten. Jüngst fällt die Zunahme von Medienberichten über Cyber-Angriffe gegen Behörden und Unternehmen auf. Oft ist nicht klar, wer die Angriffe auslöst und durchgeführt bzw. welche direkten und indirekten Schäden damit verbunden sind. Die Vorgänge unterstreichen aber, dass eine Reihe von Akteuren die Verwundbarkeit westlicher Länder aus dem Informationsraum als Chance für sich selbst versteht und aktiv ausnutzt.

Risiken aus dem Informationsraum treffen die Exportnation Deutschland an ihrer Achillesferse. Ein möglicher Verlust des Vertrauens in die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Informationsraums, über den der elektronische Handels- und Zahlungsverkehr abgewickelt wird, hätte gravierende Folgen. Aber bei wem liegen in Deutschland die Zuständigkeiten, um gezielte Computerangriffe zu erkennen, abzuwehren und geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen? Wer verfügt hierzu über welche Mittel? Welche Rolle soll die Bundeswehr im Rahmen der nationalen Sicherheitsvorsorge im Informationsraum spielen, und wie könnten ihre vorhandenen bzw. aufwachsenden Fähigkeiten zum Schutz im Informationsraum ressortübergreifend genutzt werden? Welche Konsequenzen zieht die deutsche Politik aus dem Umstand, dass China mit der Bündelung seiner Anstrengungen in den Bereichen Energie, Weltraum und Informationsraum genau jene Handlungsfelder priorisiert, die den Aktionsradius Pekings erweitern und gleichzeitig jenen seiner möglichen Gegner einschränken können?

Bundeswehr klug nutzen

Mit den Stichworten Dynamik und Komplexität beschreibt der neue, mehrjährige US-Verteidigungsplan das strategische Umfeld der Zukunft. Streitkräfte müssen in diesem Umfeld vor allem eines sein – flexibel. Flexibilität bedeutet rasche Verfügbarkeit, hohe Einsatzbereitschaft, modularer Aufbau, agile Zusammenarbeit mit wechselnden Partnern, vernetzte Abläufe und qualitativ anspruchsvollere Anforderungen an die Angehörigen der Streitkräfte, um vielfältige Aufgaben zu erfüllen.

Die Forderung nach Flexibilität birgt für die Bundeswehr Chancen und Risiken: Chancen, weil ein multifunktionales Einsatzspektrum den politischen Nutzen der Bundeswehr erhöht; Risiken, weil bei unklarer Prioritätensetzung die Verzettelung droht. Eines ist heute schon klar: Veränderung wird die Bundeswehr künftig noch viel stärker prägen als in der Vergangenheit. Diese Veränderung und den damit verbundenen Wandel erfolgreich zu gestalten, wird damit zur wichtigsten Zukunftsaufgabe für die deutschen Streitkräfte. Genau deshalb ist die Arbeit der Strukturkommission so wichtig. Mit ihren Empfehlungen kann sie die Bundeswehr flexibler machen und gleichzeitig konkretisieren, welche Beiträge die Bundeswehr im Sinn der Vernetzten Sicherheit für andere Politikbereiche leisten kann.

Dr. Heiko Borchert, Luzern/Berlin

Dr. Heiko Borchert leitet ein sicherheitspolitisches Beratungsunternehmen und ist Mitherausgeber der Schriftenreihe Vernetzte Sicherheit (www.vernetzte-sicherheit.net). Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.